

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Keltische Wiesbadener Zeitung

Ercheim 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M. Durch die Post monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. ohne Beleggeld. Das Beleggeld wird von den Zeitungsabnehmern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 15 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle: Wiesbaden, Rindfleischstr. 11. Herausgeber: Dr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise für Wiesbaden: Der 42 mm breite Anzeigenteil 50 Pf., die 90 mm breite Anzeigenteil 1.20 M.; außerhalb: 60 Pf. bzw. 2 M. Seitenpreise u. Rabatte lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 86

Freitag, 20. Februar 1920.

74. Jahrgang

Indiskretionen im Obersten Rat.

Lond., 19. Febr.

Im Unterhaus erklärte Donat Lam auf eine Anfrage, nach der Verleugnung der Verhandlungen nach London habe man sich schließen müssen, daß auf irgend einem Wege gewisse Informationen in die Welt hinaus kämen. Die Vertreter der Mächte bei der Konferenz haben sich mit diesem Sachverhalt beschäftigt, um das Geheimnis zu lüften. Sie sind darin einig, daß diesem Sachverhalt ein Ende bereitet werden müsse.

Lond., 19. Febr. (Dana.)

Der Oberste Rat beschloß, von jetzt ab seine Sitzungen so geheim wie möglich zu halten, und keine Delegation zu erlauben, der Presse irgendwelche Informationen zu erteilen. Downingstreet allein ist berechtigt, der Presse die täglichen Berichte zukommen zu lassen.

Die Indiskretionen, die so peinlich empfunden werden, beziehen sich offenbar auf die Mitteilungen über die Haltung Wilsons in der Abrüstungs- und auf die ihm vom Obersten Rat angegebene Antwort. Die „Daily Mail“ schreibt: Es verlangt, daß die Antwort an Wilson befohle, der Oberste Rat sei angewiesen, während der zeitweiligen Abwesenheit des amerikanischen Vertreters einen Beschluß zu fassen. Die Antwort steht ferner auseinander, daß die Vorläufe vom Dezember in Kraft gesetzt werden sollen, wenn Wilson ihnen zustimmen wolle, wie sie ausgeführt werden sollten.

Mailand, 19. Febr. Dem „Popolo d'Italia“ wird aus Venedig telegraphiert, daß das amerikanische Admiralschiff „Venedig“ und die „Adria“ verlassen habe. Man glaubt, daß auch die beim Abschluß des Waffenstillstandes in Venedig eingetroffenen Torpedobootzerstörer die „Adria“ verlassen werden.

Herr Wilson.

Lond., 19. Febr.

Nach einer Washingtoner Meldung des „New York Herald“ unterläßt die Aera dem Präsidenten Wilson, dem für gestern angeordneten Ministerrat zu widersprechen.

Lond., 19. Febr.

Nach einer Washingtoner Depesche hat das Mittelland des Repräsentantenhauses, nach einer Motion eingebracht, die eine Änderung der amerikanischen Verfassung vorschlägt. Nach diesem Umänderungsantrag soll der Vizepräsident oder ein Mitglied des Kabinetts an die Stelle des Präsidenten treten, wenn dieser verhindert ist. Funktionen nachzukommen.

Lond., 19. Febr. (Dana.)

Wilson hat seine Note betreffend die Abrüstungs- und den Obersten Rat fertiggestellt. So viel man weiß, hält der Präsident an seiner in der Note vom 10. Februar eingenommenen Stellung fest.

Frankreich und England.

Lond., 19. Febr.

Der „Clarke“ stellt die Frage auf, ob es wahr sei, daß die englische Regierung erklärte, sie könne Frankreich finanzielle Hilfe nur dann ausstehen, wenn die französische Regierung mit allen Mitteln den Export von französischem Kapital verbiete. Das Blatt sagt, es wäre unentscheidbar, wenn die finanziellen Vertreter Frankreichs auch nur die Diskussion auf dieser Grundlage aufzunehmen hätten. Man verleiht aber dem Lande, die französischen Delegierten hätten doch verhandelt. Der „Clarke“ verlangt Aufklärung.

Die Verschuldung an England.

Berlin, 19. Febr. Nach einer Amsterdamer Meldung wird aus London berichtet: Der Schatzkanzler erklärte im Unterhaus, daß Großbritannien an Rußland 508 Millionen Pfund Sterling, an Frankreich 470½ Millionen Pfund, an Italien 470 Millionen Pfund, an Belgien 38½ Millionen Pfund und an die anderen Verbündeten 71 Millionen Pfund, also zusammen 1668 Millionen Pfund Sterling an Darlehen gewährt habe.

Verteuerung der französischen Zeitungen.

Lond., 19. Febr.

In der gestrigen Generalversammlung des nationalen Pressbüros wurde beschlossen, die Rate der Zeitungen auf 20 Centimes zu erhöhen und die obligatorische Sonntagsruhe einzuführen.

Damit unterbindet sich der Verkauf von Pariser Mätern an Deutsche von selbst, denn 20 Centimes bedeuten nach der für die Mark geltenden Parität nicht weniger als 1 M. 40 Pf.

Verstärkung der englischen Schiffsartillerie.

Rotterdam, 19. Febr. Die neuen englischen Schlachtschiffe sollen Geschütze von 343 und 4044 Zentimeter und möglicherweise solche von noch stärkerem Kaliber führen. Die Schlachtschiffe mit schwächeren Geschützen sollen ausrangiert werden.

Preussische Landesversammlung.

In der gestrigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde die Erhöhung der Eisenbahntarife erörtert. Minister Defer sprach über die Notwendigkeit der Erhöhung, eine andere Möglichkeit zur Deckung der großen Verluste der erhöhten Materialpreise und der Löhne sei nicht vorhanden. In der Debatte wurde im allgemeinen die Notwendigkeit der Erhöhung anerkannt, jedoch mit dem Wunsch, die dritte und vierte Wagenklasse zu schonen. Es wurde auch gefordert, den Eisenbahnbetrieb wirtschaftlicher zu gestalten. Trotz des Verkehrsrückganges seien 30 Prozent mehr Anschläge im Eisenbahnbetrieb als vor dem Krieg. Von der rechten Seite wurde von einer Vollerwirtschaft im Eisenbahnbetrieb gesprochen. Die Tariffrage wurde einer Kommission überwiesen. In den weiteren Erörterungen der gestrigen Sitzung wurde über die Eisenbahntarife und andere Schlußfragen und über Verfassungsfragen verhandelt.

204 Milliarden deutsche Reichsschuld.

Im Reichsfinanzministerium finden, wie die „D. Z.“ erfährt, unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Erbsberger Besprechungen über die Frage der Behandlung unserer schwebenden Schuld statt. Die gesamte Reichsschuld ist vom Reichsfinanzminister für Ende März auf etwa 204 Milliarden Mark geschätzt worden. Davon werden ungefähr 95 bis 100 Milliarden schwebende Schuld in Form unrentabler Staatsanleihen sein.

Die föderalistische Konferenz in Kassel.

Aus dem Bericht der „Frankf. Ztg.“ über die erste föderalistische Konferenz in Kassel am 15. Febr. erfährt man, daß vier Hauptgruppen auf der Konferenz vertreten waren: die deutsch-hannoversche Partei (Welfen), der Hessische Volksbund, die bayerische Partei Dr. Heims und der Rheinische Volksbund Dortmünd.

Verhaftungen in der Pfalz.

Monheim, 19. Febr. Die Pfalzentruppe verhaftet: Am 17. Februar wurde der Ingenieur der Badischen Anilin- und Sodafabrik v. Amhoff wegen angeblicher Verbrechen von französischen Gendarmen verhaftet. Er wird ebenfalls, ebenso wie der Schuhmann Buerer aus Odenheim, der am 11. Februar aus dem nämlichen Grunde von den Franzosen verhaftet wurde, nach Lille abtransportiert. Aus dem gleichen Grunde sind vorher schon verhaftet worden der Arbeiter Rühl in Saarlouis, der Hilfsarbeiter Karl Schneider aus Neukirchen, der Güttenerbeiter Felix aus Weßlingen, der Grubenarbeiter Braus aus Belsheim und der Kaufmann Wilhelm Bender.

Sieg der nationalen Studentenchaft.

Die Wahl zum Studentenparlament eracht an der Berliner Universität eine gewaltige Mehrheit für die nationalen Studenten.

Partei der vereinigten Sozialisten.

In Regensburg fand, wie die „Bayrische Staatszeitung“ berichtet, ein sogenannter „Süddeutscher Sozialistentag“ statt, der einer verfallenen Tagung glich. Nach einem Bericht des mehrheitlich sozialistischen Regensburger Blattes waren 48 Delegierte aus Süddeutschland erschienen. Davon gehörten 21 der Mehrheitssozialdemokratie, 7 der unabhängigen und einer der kommunistischen Partei an. Es wurde eine neue Partei unter dem Namen „Partei der vereinigten Sozialisten“ gegründet. Die Mehrheitssozialisten machten gegen diese Gründung grundsätzliche Vorbehalte.

Keine Heiratserlaubnis für Lehrerinnen in Bayern.

Der Ausschuss des bayerischen Landtages lehnte bei der Beratung des Lehrergesetzes mit 15 gegen 11 Stimmen die Abänderungsvorlage der Regierung ab, wonach den Lehrerinnen auf Grund des Art. 128 der Reichsverfassung das Recht der Verheiratung zustehen soll. (Der Beschluß ist verfassungswidrig und deshalb ungültig. D. Red.)

Leihweise Ueberlassung von Lokomotiven.

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ erklärte Minister Defer, daß ein Mißverständnis über die Frage an die preussische Eisenbahnverwaltung gerichtet habe, ob eine leihweise Rückgabe deutscher Lokomotiven, die bei Abschluß des Waffenstillstandes an den Verband ausgeliefert worden seien, die Verkehrsnot in Deutschland mildern könne. Darauf ist die Antwort erteilt worden, daß man grundsätzlich gern bereit sei, diese Lokomotiven anzunehmen, allerdings unter der Bedingung, daß sie betriebsfähig oder mindestens noch leicht beschaffbar, also in kurzer Zeit wieder herstellbar seien. Darauf gab die Interalliierte Kommission in Trier bekannt, ohne daß irgendwelche Verhandlungen stattgefunden hätten, daß zehn preussische Güterzuglokomotiven auf Leihweise für die Beförderung von Verbands-Kohlen aus dem Kölner Bezirk zum Tageslohn von 70 Francs überlassen würden.

Steigerung der Kohlenförderung.

Berlin, 19. Febr. Wie bekannt, fanden kürzlich in Gegenwart des Reichskanzlers in Essen Besprechungen zwischen den Zechenverbänden und den Organisationen der Bergarbeiter über die Steigerung der Kohlenförderung statt. Es sollen wöchentlich 2½ Ueberschichten gemacht werden. Als Entgelt hierfür erhalten die Untertagearbeiter 100 Prozent und die Ueber Tagearbeiter 50 Prozent Zuschlag zu den bestehenden Löhnen. Außerdem wird den Bergarbeitern, die Ueberschichten leisten, eine Zulage an Lebensmitteln gewährt. Sie erhalten pro Mann und Monat 12 Kilo Brot und 4 Kilo Fett, und zwar zu den Preisen der rationierten Lebensmittel. Das Abkommen tritt am 28. Februar in Kraft und gilt vorläufig drei Wochen bis zum 14. März. In etwa vierzehn Tagen sollen neue Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens einsehen.

Die Kohlenlieferung an Frankreich.

Paris, 19. Febr. In Beantwortung von Interpellationen über die Kohlenlieferung erklärte der Minister für öffentliche Arbeiten hinsichtlich der deutschen Kohlenlieferungen, daß Frankreich unerbittlich auf der Erfüllung der im Friedensvertrag vorgezeichneten Lieferungen beharren werde.

Ein deutsch-englisch-französisches Luftabkommen.

Lond., 19. Febr.

Der Bundesrat hat mit Frankreich und Großbritannien zur Förderung des Luftverkehrs ein provisorisches Abkommen getroffen, das am 8. März in Kraft tritt. Danach dürfen private Luftfahrzeuge dieser drei Staaten die Staatsgebiete und territorialen Gewässer überfliegen. Die Grenzen dürfen aber nur an bestimmten Punkten passieren, ebenso dürfen nur bestimmte Landungsplätze benutzt werden. Die Flugzeuge dürfen ohne Genehmigung ihrer Heimathat keine drahtlosen Apparate mit sich führen. Das Abkommen ist mit dreimonatiger Frist kündbar.

Die Abstimmungen in Schleswig.

Berlin, 19. Febr. Die Wälle, in denen die Dänen während der Abkündigung in der ersten Phase als Wahlschlagungen oder Wahlbeeinflussungen auftraten, kommen liegen, mehrten sich von Tag zu Tag. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Apenrade: Durch die ungerechte Wahlrechtsveränderung sind etwa 1500 deutsche Bürger in der Stadt des Wahlrechts beraubt worden. Die Stadt hätte eine deutsche Mehrheit gehabt, wenn die in der Stadt seit 1915 Wohnenden hätten abstimmen können.

Lond., 19. Febr.

Die Dänen haben die Interalliierte Kommission für Schleswig Sondermakrelen erteilt, um die Nachschaffung der Deutschen in der zweiten Phase zu verhindern. Eine schnelle Veröffentlichung kündigt die Errichtung eines besonderen Gerichtshofes an, der aus drei von der Interalliierten Kommission ernannten Richtern besteht und der alle gegen die von der Kommission erlassenen Anordnungen bezugnehmend auf die öffentliche Sicherheit und die Freiheit der Abstimmung erfolgenden Verträge ohne Berufung aburteilen wird.

Wiedereinführung der Rationierung in Italien.

Mailand, 17. Febr.

Nach dem „Quanti“ hat sich der Ministerrat am Montag mit der Ernährungsfrage befaßt und beschlossen, die im Anhang eingeführte Rationierung wieder herzustellen. Es werden deshalb für die notwendigen Lebensmittel, wie Brot, Getreide, Reis und Öl, außerdem für Kohlen, in ganz Italien wieder Rationen ausgeben werden.

Die Kabinettskrise in Belgrad.

Die Kabinettsbildung in Belgrad begegnet argeren Schwierigkeiten. Der Premierminister hat bereits mehrere führende politische Persönlichkeiten mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut, angesichts der unklaren Lage ist es aber bisher nicht gelungen, ein Ministerium zusammenzustellen. Nach der früheren Radikale und fester jugoslawische Minister in Paris, Besenitz, hat das ihm übertragen Mandat zur Kabinettsbildung in die Hände des Premierministers zurückgegeben müssen. Nunmehr hat dieser Stojan Protitch mit der Bildung eines Koalitionskabinetts beauftragt, das mit der provisorischen Stupischina arbeiten kann.

Mailand, 19. Febr.

Nach einer Belgrader Meldung des „Corriere d'Informazioni“ aus Belgrad den erhaltenen Auftrag zur Bildung des Kabinetts an den Premierminister zurück, weil die demokratische und sozialistische Gruppe sich geweigert hat, sich an der Bildung dieses Kabinetts zu beteiligen, weil der mit der Bildung Beauftragte nicht mit dem formellen Auftrag versehen worden war, das provisorische Parlament aufzulösen.

Bliesbaden, 20. Februar.

Zakbsteuer und Zigarettenindustrie. Die Vertreter der Zerkischen und Bolorbers der Zichischen Zigarettenindustrie Hielten hier gestern eine Verammlung ob, in der sie die vom Reichsfinanzministerium vorzuschlagene Erhöhung der neuen Zakbsteuer um 40 Proz. für die übersten vier Steuerklassen für unannehmend erklärten. Sie sind der Auffassung daß eine Produktionsmöglichkeit bei 40 Proz. Steuerermäßigung nicht gegeben sei. Die deutsche Zigarettenindustrie lege sich daher gezwungen, sofort ihren Arbeitern und Angestellten auf Ende März zu kündigen. — Diefem Beschlus hat sich inzwischen die Zigarettenindustrie in Berlin und dessen Provinz angeschlossen. — Die

Fe. Hühnerdiebe! 68 Hühner hatten der Schreinerlehrling Heinrich Kraußner und dessen 13jähriger Bruder Walter von hier hiesigen Hühnerhalters gestohlen und verkauft, wobei ersterer einen Bittel mit dem Namen seiner Mutter unterschrieb. Auch Wein, Eier, Obst und Kartoffeln wurden gestohlen. Den Wein verkauften sie an den hiesigen Gastwirt S. Die Strafkammer v'urtheilte den Heinrich wegen Diebstahl, schwerer Urkundenfälschung und weil er bei seiner Verhaftung einen falschen Namen angegeben, auf einum Jahr sechs Monate Gefängnis und einen Tag Haft. Walter kam mit sechs Monaten davon. Wegen Diebstehls

Hauptschreiber: Bernhard Grothua.
Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Grothua;
für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil:
H. C. Eisenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und
Sport: Georgi Gorren; für die Anzeigen: Jos. Bahler;
Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags- u. Anstalt G.m.b.H.
Einkauf in Wiesbaden.

Wiesbaden, den 14. Februar 1920.
Das Amtsgericht, Abteilung 17. (H. 1063)

Künstlerspiele.

[*3371

februar 1920.

16168

SIMPLICISSIMUS